

Abgeant!

Sehr geehrter Herr Staatskanzler !

Ich erhielt die offizielle Verständigung über die Ihnen vom Obersten Rate zugekommene Note. Der Oberste Rat ist, wie Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein wird, in einem Irrtum, wenn er glaubt, die vom Vorarlberger Landtag unternommenen Schritte fallen mit jenen in Tirol und Salzburg sowie in Westungarn zusammen. Bekanntlich ist im Lande Vorarlberg schon seit Herbst 1918 eine starke Bewegung vorhanden und hat die Landesversammlung schon im März des Jahres 1919 für das Land das Selbstbestimmungsrecht gefordert und den am 3./11. 1918 vollzogenen Anschluss an Deutschösterreich für provisorisch erklärt, während in Tirol und Salzburg die Forderung sich auf den ~~wissenschaftlichen~~ ^{wirtschaftlichen} Anschluss an Deutschland beschränkt und viel neueren Datums ist, und die Bewegung in Westungarn schon gar nichts mit unserer Bewegung zu schaffen hat.

Aus der Terminologie ist auch zu schliessen, dass Herr Präsident Clemenceau den Charakter und die rechtliche Stellung der Länder verkennt. Es geht dies aus der Bezeichnung „ Provinz ” und „ Di~~s~~trikt ” hervor.

Ich will es Ihnen, sehr geehrter Herr Staatskanzler, auch nicht verhehlen, dass man in den breitesten Schichten der Bevölkerung sich nicht von der Ueberzeugung abbringen lässt, dass die österreichische Regierung dafür gesorgt habe, dass die erwünschte Note des Herrn Präsidenten Clemenceau erscheine. Ueber den Weg, der dabei eingeschlagen wurde, gehen die Meinungen auseinander. Die einen glauben, dass es durch die ausländischen Missionen in Wien, andere, dass es durch den Pressattache bei der österreichischen Gesandtschaft in Paris

und wieder andere, dass es durch den Kanzler selbst in seiner Privatbesprechung beim Herrn Präsidenten besorgt wurde. Letzteres ~~darf ich und die Landesregierung nicht annehmen, da es von Herrn Staatskanzler dementiert wird~~ ^{warde vom} Herr Staatskanzler dementiert ~~wird~~ ^{Am 11. Sept. für den Landrat kein Gegenstand der Unterstützung.} Herr Staatskanzler! ^(Zin) Versuchen alle Landeshauptleute, ihren Einfluss dahin aufzubieten, dass Bestrebungen und Versuche zur Loslösung der Länder von Oesterreich unterbleiben, die nach der Lage der Dinge zweifellos von vorneherein zur völligen Unfruchtbarkeit verurteilt wären. Ihr Schreiben ist an alle Landeshauptleute gerichtet und ich kann daher demselben nicht entnehmen, ob sie auch alle diesbezüglichen Bemühungen der Vorarlberger für aussichtslos halten, oder ob diese Bemühungen zu jenen zu zählen sind, denen eventuell ein Erfolg beschieden sein könnte. Aus dem Umstande, dass Herr Kanzler mir seinerzeit in St. Germain zusicherten, nach Friedensschluss könne die Vorarlberger Frage besprochen und verhandelt werden, und aus dem Umstande, dass Herr Kanzler mich verständigten, die Staatsregierung sei bereit, ein von uns auszuarbeitendes Memorandum (mit der Begründung unserer Forderung des Selbstbestimmungsrechtes und der darauf gegründeten Forderungen) beim Obersten Rate oder beim Völkerbund zu überreichen, und aus dem Umstande, dass diese Bereitwilligkeit Ihrerseits auch nach Entgegennahme der Note des Obersten Rates wiederholt wurde, muss ich schliessen, dass auch Herr Kanzler unserem Lande eine Ausnahmsstellung zubilligen. Ich kann daher unserem Volke nicht zumuten, dass es jede Hoffnung fahren lasse. Ich kann ihm auch unmöglich in diesem Sinne zureden, weil das **B**eginnen nutzlos und daher unklug wäre.

In den anderen Ländern mag das das beste sein; ~~S~~ie sind uns durch die Erhebung ~~ih~~rer von vorneherein aussichtslosen Forderung in den Rücken gefallen und haben der Staatsregierung einen Dienst erwiesen, der den gewünschten Erfolg hatte. Nun kann dort die Aktion natürlich ruhen.

Der Herr Staatssekretär Löwenfeld-Russ hat vor einiger Zeit unseren Staat als den Staat der ungelösten und unlösbaren Probleme bezeichnet. Wenn das ein Staatssekretär sagte - er sprach nach meiner persönlichen Anschauung die Wahrheit - so kann man es dem Vorarlberger Volke nicht verargen, wenn es ähnlich denkt und seine Schicksalsfrage nach wie vor als offen betrachtet.

Darüber, dass wir voll und ganz an der Schaffung des Verfassungswerkes mithelfen wollen, besteht bei uns kein Zweifel. Unser Landtag hat dem Landesrate und der Landesregierung die Weisung gegeben, in der Verwaltung dem Umstande, dass wir vorläufig Oesterreich angeschlossen sind, voll und ganz Rechnung ^{zu} ~~zu~~ tragen. Landesrat und Landesregierung tun das auch. ~~Wir können uns zwar nicht vorstellen, dass Oesterreich auf die Dauer in der heutigen Form bestehen soll. Es sieht aber niemand in die Zukunft. Mag die Entwicklung gehen, wie sie will, wir halten es jedenfalls für unsere Pflicht, am Verfassungswerke ernstlich mitzuarbeiten. Man kann nicht wissen, von welchen Folgen für unser Volk der Ausfall des Verfassungswerkes begleitet ist. Die Mitarbeit ist ein selbstverständliches Gebot.~~

Herr Staatskanzler! ^{sic} Wollen ^{noch} eine Mitteilung gestatten. Wir lesen in der Zeitung, dass der Verfassungsentwurf der Staatsregierung ^(oder wesentliche Partien desselben) in Salzburg so öffentlich vorgetragen wurden, dass die Presse über ^{den} ~~seinen~~ Inhalt berichten konnte. Es gefällt uns nicht, dass wir den Verfassungsentwurf der Regierung auf diesem Wege zur Kenntnis bekommen. Wenn man denselben schon der Behandlung in der Presse preisgeben wollte, so konnten wir doch den berechtigten Wunsch hegen, dass er zuerst den Landesräten zugestellt werde.

Schließlich bitte ich um gütige Uebersendung des französischen Textes des Schreibens des Herrn Präsidenten Clemenceau.

Genehmigen Sie, hochgeehrter Herr Staatskanzler,
den Ausdruck meiner

vorzüglichen Hochachtung

Bregenz, am 3. Jänner 1920.

**Für den Vorarlberger Landesrat:
Der Landeshauptmann:**